

Gottfried Niedhart

Partnerschaft und Konkurrenz: Deutsche und französische Ostpolitik in der Ära Brandt und Pompidou

I.

Die Präsidentschaft von Georges Pompidou und die Kanzlerschaft von Willy Brandt überschritten sich nicht nur zeitlich, sondern fielen auch in eine Zeit politischen und gesellschaftlichen Wandels. Die im folgenden besonders interessierende Dynamik, die die Ost-West-Beziehungen veränderte, war nur *ein* Aspekt eines umfassenderen Transformationsprozesses. Die Weltpolitik insgesamt zeichnete sich durch neue Akteure aus, die die überkommene bipolare Struktur der internationalen Politik ergänzten. Die beiden Supermächte dominierten einerseits weiterhin das globale Geschehen im Bereich der Nuklearwaffen, gelangten andererseits 1968 in Vietnam und in der Tschechoslowakei an einen Punkt, an dem ihnen die Grenzen ihrer Macht deutlich wurden. Parallel dazu war, blickte man nach China, Japan oder Europa, die Tendenz zur Multipolarität unübersehbar. Europa trat seit dem Gipfel von Den Haag im Dezember 1969 in eine neue Phase seines Integrationsprozesses ein und wollte in der Folgezeit sein Gewicht auch international zum Tragen bringen. Im Nahen Osten demonstrierten die arabischen Staaten 1973 gegenüber den Industriemächten ihre Entschlossenheit, die lebenswichtige Ressource Erdöl auch politisch nutzen zu wollen. Zu den Veränderungen in der internationalen Politik kam ein innenpolitisch-gesellschaftlicher Wandel hinzu, der seit 1968 nicht zuletzt auch Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland erfaßte und zum Teil erschütterte. In vielfältiger Weise erscheinen die Jahre, in denen Pompidou und Brandt an der Spitze ihrer Länder standen, als Phase der Transformation, für die das Epochenjahr 1968 Signalwirkung hatte.¹

¹ Für erste Bilanzen Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hg.), 1968: *The World Transformed*, Cambridge 1998; Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), 1968: *Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft*, Göttingen 1998.

Ende der sechziger Jahre nahm die Bundesrepublik mit der von 1966 bis 1969 amtierenden Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD als Zeichen sowohl der krisenbedingten Anpassung als auch des Aufbruchs ein neues Gesicht an. Nach den Weichenstellungen der fünfziger Jahre trat sie nun in ihre zweite formative Phase ein.² Deren gesellschaftliche und innenpolitische Erscheinungsformen müssen hier übergangen werden. Deutschland- und außenpolitisch war entscheidend, daß Bonn im Unterschied zu den fünfziger Jahren begann, die Realitäten der Nachkriegszeit zu akzeptieren. Die Lösung der deutschen Frage erschien nicht mehr als Voraussetzung für internationale Entspannung. Jetzt galt, wie Bundeskanzler Kiesinger in seiner ersten Regierungserklärung im Dezember 1966 ausführte, die umgekehrte Abfolge. Damit war die „neue“ Ostpolitik geboren. Freilich hat erst die sozial-liberale Regierung Brandt/Scheel, die seit Oktober 1969 im Amt war, die nötige Entschiedenheit entwickelt, den in der Großen Koalition erreichten Konsens konsequent zu nutzen und den Status quo in Europa unter Einschluß der Staatlichkeit der DDR anzuerkennen. Damit vollzog die Bundesrepublik gewissermaßen ihre gaullistische Wende und begann darüber hinaus, ihre Beziehungen zur Sowjetunion in bisher unbekannter Weise zu entwickeln.

So sehr der Bonner Regierungswechsel im Herbst 1969 als Einschnitt und „Machtwechsel“³ empfunden wurde, so ist doch zu betonen, daß es vielfache Verbindungslinien zwischen den Regierungen Kiesinger/Brandt und Brandt/Scheel gab. Die SPD hatte in der Großen Koalition wichtige Ämter besetzt, darunter mit Willy Brandt die Position des Außenministers. Im Auswärtigen Amt war zu dieser Zeit Egon Bahr als Leiter des Planungsstabs tätig. Es entstanden die grundlegenden Papiere, die für die sozial-liberale Ostpolitik bestimmend sein sollten.⁴ Ebenso von Bedeutung erscheint, daß schon das internationale Auftreten der Regierung der Großen Koalition jenes höhere Maß an Selbstbewußtsein erkennen ließ,⁵ wie es dann von der sozial-liberalen Regierung noch weiter ausgebaut wurde. Ende der sechziger Jahre hatte die Bundesrepublik in Europa und im nordatlantischen Zusammenhang einen Status erlangt, der sie nicht nur vom nationalen Interesse sprechen,⁶ sondern auch in diesem Sinne handeln ließ. Dies

zeigte sich etwa anlässlich der Währungskonferenz im November 1968, als sich Bonn dem Druck seiner Bündnispartner widersetzte, die DM aufzuwerten. Nicht zuletzt aus der Sicht Frankreichs, dessen Devisenreserven dramatisch geschmolzen waren, wäre dies wünschenswert gewesen.⁷ Mit erhellender Deutlichkeit hat der damalige französische Botschafter in Bonn, François Seydoux, die Gefühle zum Ausdruck gebracht, die ihn damals bestimmten. Geradezu wehmütig erinnerte er sich an den „Zauber“ der Jahre von 1958 bis 1962, als er schon einmal Botschafter in der Bundesrepublik gewesen war⁸ und die „Sprache“ der späten sechziger Jahre, „die wir nicht mehr gewöhnt waren,“ noch nicht hatte vernommen werden können. „Die Germanen drückten ihren Brustkorb wieder heraus. Sie befreiten sich von einer jahrelang aufgestauten Verbitterung. Wir wurden erbarmungslos gebeutelt. Dahin hatte uns die Politik der Größe geführt: die Bundesrepublik nahm Frankreichs Platz ein und übernahm die Führung in Westeuropa!“⁹

Die Währungskrise 1968 und das aus französischer Perspektive bedrohlich erscheinende Auftreten der deutschen „Wirtschaftsmacht“, die nicht mehr allzu lange eine „untergeordnete politische Rolle“ einzunehmen bereit sein würde,¹⁰ fiel mit der französischen Perzeption der Krise in der Tschechoslowakei zusammen, die im August 1968 zur gewaltsamen Beendigung des „Prager Frühlings“ führte. Die Enttäuschung de Gaulles über das Scheitern seiner Osteuropa-Visionen, in denen die Auflockerung der Blöcke vorgesehen war, entlud sich in harter Kritik an der Bonner Ostpolitik, die sich nach französischem Geschmack in der Tschechoslowakei zu unbedacht entwickelt hatte und von der sowjetischen Führung als gefährliche Provokation empfunden werden mußte.¹¹ Der französi-

(Fortsetzung Folie 6)

in der Position, mit Frankreich und England aussichtsreich verhandeln zu können.“ Ergebnisprotokoll in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AsD), Depositum Bahr (DB) 299/1. Auszugsweise publiziert in: AAPD 1968, Bd. 1, S. 551. Prinzipiell zur Frage des nationalen Interesses: Notiz Egon Bahrs für Außenminister Brandt vom 30. 1. 1967: Die Bundesrepublik sei „erwachsen“ geworden und habe begonnen, „ihre eigenen Interessen zu definieren, ihre Möglichkeiten und ihre Rolle zu analysieren und in praktische Politik umzusetzen.“ AsD, DB 299/3. – Ende 1968 sprach Brandt von der gestiegenen „weltpolitischen Verantwortung“ eines „mittleren westlichen Staates“ wie der Bundesrepublik. Die Zeit des „Mitagierens im Rahmen einer westlichen Bündnispolitik“ sei vorüber. „Es gibt eine deutsche Politik, weil es deutsche Interessen gibt, auch außerhalb der Bündnispolitik und des traditionellen Ost-West-Gegensatzes.“ AsD, Protokolle des Parteivorstands der SPD, Sitzung vom 1./2. 11. 1968.

⁷ Vgl. dazu Andreas Wilkens, *Der unsere Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969-1974*, München 1990, S. 40 f.; Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969*, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 321 ff.

⁸ François Seydoux, *Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965 bis 1970*, Frankfurt 1978, S. 7.

⁹ Ebd. S. 152.

¹⁰ Ebd. S. 155.

¹¹ Hierzu und zugleich zur Widerlegung dieser These Hans-Peter Schwarz, *Die Regierung Kiesinger und die Krise in der CSSR 1968*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 159-186, hier S. 164 ff. und 180 ff. Vgl. auch Wilkens (Anm. 7), S. 34, und Reiner Marcowitz, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1959-1969*, München 1996, S. 288.

² Siehe dazu den Problemaufriß von Klaus Schönhoven, *Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 123-145.

³ Artulf Baring, *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982.

⁴ Siehe z.B. die Aufzeichnung Bahrs zur Frage der europäischen Sicherheit vom 27. 6. 1968. *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD)* 1968, Bd. 1, S. 796-814. Vgl. auch Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 224 ff.

⁵ Dazu die treffende zeitgenössische Analyse von Karl Kaiser, *German Foreign Policy in Transition. Bonn Between East and West*, Oxford 1968.

⁶ Bundeskanzler Kiesinger sprach während einer außenpolitischen Klausurtagung der Bundesregierung in Heimerzheim am 2./3. Mai 1968 von der „europäischen Schlüsselrolle“, die der Bundesrepublik bei den bevorstehenden EWG-Verhandlungen mit Großbritannien zufallen werde, die aber weder „optisch“ angestrebt, noch der Bundesrepublik aufgedrängt werden dürfe. „Aus sichtbar souveränem nationalem Interesse müssen wir diese Aufgabe angehen. ... Nur wir sind aufgrund unseres besonderen Verhältnisses zu Frankreich und unseres wirtschaftlichen Gewichts innerhalb der Gemeinschaft (die ohne unsere Beiträge nicht existieren könnte)

sche Botschaftsrat Christian d'Aumale sprach gar von einer „neuartigen Form des deutschen ‚Dranges nach Osten‘“, die das Gleichgewicht zwischen Ost und West störe.¹²

An der Seine ließ das Jahr 1968 gewisse „Ermüdungserscheinungen“ im deutsch-französischen Verhältnis¹³ erkennen, die als Ausgangsbasis für jede Analyse der Folgezeit im Auge zu behalten sind. Was aus deutscher Sicht wie der natürliche Gang der Dinge empfunden wurde, in der französischen Wahrnehmung allerdings Unruhe auslöste, findet sich als nüchterne Situationsbeschreibung in einer umfassenden Lageanalyse, die nach dem sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei im Londoner Foreign Office erarbeitet wurde und im Mai 1969 als Richtschnur britischer Politik an die Auslandsvertretungen versandt wurde.¹⁴ Die Ereignisse in der Tschechoslowakei hätten gezeigt, daß die französische Einschätzung der sowjetischen Politik überoptimistisch war. Der französische Anspruch, vorrangiger westlicher Ansprechpartner Moskaus zu sein, sei nicht länger aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus müsse Frankreich aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten seine Ambitionen aufgeben, eine Führungsrolle in Westeuropa zu spielen. In Entsprechung dazu werde der Einfluß der Bundesrepublik zunehmen. Sie werde sich weiter um gute Beziehungen mit Frankreich bemühen, zugleich aber werde ihr ein größerer Handlungsspielraum zufallen. Bei unveränderter Angewiesenseit auf die Sicherheitsgarantie seitens der USA werde die Bundesrepublik ihre Ostpolitik fortsetzen. Nach der Bundestagswahl vom September 1969 werde es zu einer Verbesserung der Beziehungen zur DDR kommen.

Wenn im folgenden die deutsch-französischen Gemeinsamkeiten und Differenzen in der Ostpolitik der frühen siebziger Jahre beleuchtet werden, so ist die Ausgangslage der späten sechziger Jahre ebenso zu beachten wie der weitere Kontext, der die jeweiligen Interessen und Rollen in Überschneidung miteinander beziehungsweise im Gegensatz zueinander erkennen läßt. Dazu gehören die Europapolitik, die Sicherheitspolitik, die Beziehungen zu den USA, die Nahostpolitik sowie die internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen. Nur in diesem Gesamtzusammenhang wird verständlich, warum der Ostpolitik in Paris nicht ohne Mißtrauen begegnet wurde, „mit erheblichen Schwankungen zwischen sanftem Verständnis und wilder Spekulation“, wie sich Willy Brandt erinnerte.¹⁵ Einerseits stimmten Bonn und Paris in ihrem prinzipiellen Interesse an

¹² Private Äußerung gegenüber einem Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, die an Außenminister Brandt weitergeleitet wurde. Marcowitz (Anm. 11), S. 287.

¹³ Seydoux (Anm. 8), S. 155. Vgl. im übrigen die dichte Dokumentation in AAPD 1968.

¹⁴ *Documents on British Policy Overseas*, Series III (DBPO), Bd. 1, S. 139–157. Für das Folgende S. 146.

¹⁵ Willy Brandt, *Erinnerungen*, Frankfurt/Zürich 1989, S. 189. Brandt merkt an, daß auch in den anderen westlichen Hauptstädten „Mißtrauen lauerte“. In London spürte er davon „am wenigsten“. Auch der damalige Oppositionspolitiker Richard von Weizsäcker erwähnt in seinen Memoiren den Argwohn der Westmächte, der nicht zuletzt aus deren Verantwortlichkeit für Deutschland als Ganzes resultierte. „Jede direkte Bonner Verhandlung mit Moskau wurde daher durch die Westmächte scharf und nicht ohne Argwohn beobachtet, zumal durch die Franzosen.“ Richard von Weizsäcker, *Vier Zeiten. Erinnerungen*, Berlin 1997, S. 208.

der Entspannung überein, was in einem ersten Schritt beschrieben werden soll. Andererseits aber, was danach ins Auge zu fassen ist, folgte aus der angestrebten Entspannung in den Ost-West-Beziehungen ein größer werdender Handlungsspielraum für die Bundesrepublik, der in Verbindung mit der allgemeinen Bedeutungszunahme der Bundesrepublik im europäischen Kräftefeld zu den erwähnten Irritationen und Anpassungszwängen in Paris führte. Wie sich dies in einzelnen markanten Etappen der Ostpolitik konkret niederschlug, soll abschließend erörtert werden.

Die Forschung hat sich mit dieser Problematik wiederholt auseinandergesetzt. Grob gesagt lassen sich drei Etappen ausmachen. Die erste umfaßt Analysen der siebziger und achtziger Jahre, in denen publizistisches Material verarbeitet wurde.¹⁶ Daran schließen sich in den neunziger Jahren politikwissenschaftliche und zeitgeschichtliche Studien an, die die Thematik mit dem Anspruch einer größeren Systematik und breiteren Materialbasis beleuchten.¹⁷ Mit knappem Abstand dazu entstanden schließlich drittens die ersten Untersuchungen, die archivalische Quellen benutzen konnten.¹⁸ Im folgenden wird darauf Bezug genom-

¹⁶ Siehe vor allem Gilbert Ziebura, *Frankreich und Deutschlands Ostpolitik – Konvergenz oder Divergenz?* In: *Dokumente* 27 (1971), II, 1, S. 33–47; Gerhard Kierich, *Frankreichs Reaktion auf die westdeutsche Ostpolitik*, in: Egbert Jahn/Volker Rittberger (Hg.), *Die Ostpolitik der BRD. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen*, Opladen 1974, S. 181–206; Pierre Husner, *Frankreich*, in: Eberhard Schulz (Hg.), *Die Ostbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft. Von nationalstaatlicher Politik zu gemeinsamer Verantwortung*, München/Wien 1977, S. 171–188; Windfried Vahl, *Von der Vision zum Pragmatismus: Französische Entspannungspolitik von de Gaulle bis Giscard d'Estaing*, in: Hans-Peter Schwarz/Boris Meissner (Hg.), *Entspannungspolitik in Ost und West*, Köln 1979, S. 227–243; Eberhard Schulz, *Deutsche und französische Ostpolitik: Zehn Thesen*, in: Klaus Manfrass (Hg.), *Paris – Bonn. Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949*, Sigmaringen 1984, S. 266–269; Renata Fritsch-Bournazel, *La France et l'Ostpolitik: étapes et interrogations*, in: ebd., S. 260–264; Ernst Weisenfeld, *Ostpolitik und deutsche Frage: Französische Initiativen und deutsche Ostpolitik*, in: ebd., S. 247–259; ders., *Frankreich und die deutsche Ostpolitik*, in: Franz Knipping/Ernst Weisenfeld (Hg.), *Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland – Frankreich seit 1870*, Bonn 1988, S. 177–186.

¹⁷ Hier sind vor allem zu nennen Wilkens (Anm. 7); Michael Meimeth, *Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre: Zwischen Status quo und friedlichem Wandel. Die Ära Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing*, Baden-Baden 1990; Roland Höbne, *Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsch-französischen Beziehungen 1970–1991*, in: Christian Baechler/Klaus-Jürgen Müller (Hg.), *Les tiers dans les relations franco-allemandes. Dritte in den deutsch-französischen Beziehungen*, München 1996, S. 63–83. Vgl. auch Dirk Buda, *Ostpolitik à la française. Frankreichs Verhältnis zur UdSSR von de Gaulle zu Mitterrand*, Marburg 1990; Rainer Baums, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1969–1982 unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheitspolitik*, Diss. Bonn 1992.

¹⁸ Marie-Pierre Rey, *La tentation du rapprochement. France et URSS à l'heure de la détente (1964–1974)*, Paris 1991; dies., *L'expérience française de la détente: les relations franco-soviétiques 1966–1975*, in: Gustav Schmidt (Hg.), *Ost-West-Beziehungen: Konfrontation und Détente 1945–1989*, Bd. 2, Bochum 1993, S. 81–98; dies., *Georges Pompidou, l'Union soviétique et l'Europe*, in: Association Georges Pompidou (Hg.), *Georges Pompidou et l'Europe. Colloque 25 et 26 novembre 1993*, Brüssel 1995, S. 141–170; Georges-Henri Soutou, *L'attitude de Georges Pompidou face à l'Allemagne*, in: ebd., S. 267–327; ders., *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996; ders., *Präsident Georges Pompidou*

men und darüber hinaus Material herangezogen, das in den letzten Jahren in der Bundesrepublik für die Forschung zugänglich wurde. Dabei soll vorrangig der Frage nach Einstellungs- und Wahrnehmungsmustern Beachtung geschenkt werden. Im Kern handelte es sich darum, wie die deutsche Ostpolitik in Frankreich perzipiert wurde und in welchem Umfang die deutsche Seite bereit war, die französischen Sichtweisen zu berücksichtigen. Wie deutlich werden wird, entwickelte Bonn durchaus ein gewisses Maß an Empathie für die Bewußtseinslage des französischen Partners, setzte dem aber seine eigene Interessenwahrnehmung entgegen und pochte auf Gleichberechtigung. Rückhalt für die Ostpolitik wurde bei jeder der drei Westmächte gesucht, die für Deutschland als Ganzes verantwortlich waren, in erster Linie allerdings in Washington. Die Abstimmung mit Frankreich galt als wichtig, stand aber nicht im Vordergrund der sozial-liberalen Ostpolitik.

II.

Frankreich und die Bundesrepublik teilten eine Grundüberzeugung. Ein Abbau der Ost-West-Konfrontation würde die Sicherheitslage in Europa erheblich verbessern. Daß man dabei vom territorialen Status quo auszugehen habe, war eine Auffassung, die in Frankreich bereits seit einigen Jahren vertreten worden war. Das explizite Einschwenken der sozial-liberalen Bundesregierung auf diese Linie garantierte, daß Frankreich der Ostpolitik Beifall spenden mußte. Die Bundesrepublik habe einen „Sieg über sich selbst“ errungen, war im November 1970 aus dem Mund Außenminister Schumanns zu vernehmen.¹⁹ Beide Staaten konnten sich darüber hinaus von internationaler Entspannung ein höheres Maß an Handlungsspielraum versprechen. Ein „Zustand der Ruhe“²⁰ vermochte für Frankreich die fehlende Machtbasis zu kompensieren, um seinen Großmachtanspruch realisieren zu können. Es war kein Zufall, daß gerade das gaullistische Frankreich vor dem Hintergrund der nach der Kuba-Krise sich neu aufbauenden Beziehungen der Supermächte in Europa eine entspannungspolitische Vorreiterrolle spielte und die französisch-sowjetischen Kontakte ein „Labor der Entspannung“ hervorbrachten, wo „neue Prinzipien und Regelungen der zwischenstaatlichen Beziehungen entwickelt“ wurden.²¹ Frankreich wollte denn auch so rasch wie

möglich über den sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei 1968 hinweggehen und deklarierte ihn als bloßen „Verkehrsunfall“ auf der Straße der Entspannung.²² Nur bei dieser Sicht der Dinge konnte es sich, wie Ministerpräsident Chaban-Delmas im Herbst 1969 betonte, eine „gewisse Bewegungsfreiheit“ bewahren, „um auf der weltpolitischen Bühne seine Rolle zugunsten der Verständigung, Entspannung und Zusammenarbeit spielen zu können.“²³

Was für Frankreich galt, traf in analoger Weise auch für die Bundesrepublik zu. Als Mittelmacht an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts gelegen, konnte sie nur gewinnen, wenn der Konflikt entschärft wurde. Schon vor der Bildung der sozial-liberalen Regierung in Bonn gab es parallele Anstrengungen. Während der französische Außenminister im Oktober 1969 der erste hochrangige westliche Besucher in Moskau nach der Niederwerfung des „Prager Frühlings“ war,²⁴ konnte Bonn zu diesem Zeitpunkt auf eine Serie von deutsch-sowjetischen Kontakten zurückblicken, die Anfang 1969 eingesetzt hatten, die man aber nicht „an die große Glocke hängen“ wollte, wie Außenminister Brandt es am 25. August 1969 ausdrückte.²⁵ Am selben Tag stimmten Egon Bahr als Leiter des Planungstabs im Auswärtigen Amt und Léo Hamon als Staatssekretär im Büro des Ministerpräsidenten und Sprecher der französischen Regierung darin überein, gerade auf dem Feld der Ostpolitik und des Osthandels den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag mit Leben erfüllen zu wollen. Der „Aufwand“ im Rahmen dieses Vertrags stehe bisher „in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen“, und in den Ostbeziehungen verfolgten beide Regierungen „praktisch“ die „gleiche Politik“.²⁶

Nach der Bildung der neuen Regierung in Bonn wies Außenminister Scheel darum konsequenterweise dem „deutsch-französischen Verhältnis“ eine „ganz besondere Bedeutung im Rahmen unserer Ostpolitik“ zu. „Aus eigenem Interesse“ sei Frankreich ebenso wie der Bundesrepublik an einer „Entspannung in Europa“ gelegen. Darüber hinaus betonte Scheel das „europäische Interesse“.²⁷ In einer Phase, in der sich der westliche Teil des alten Kontinents daran machte, nicht nur das Europa der Sechs zu erweitern und seine Integration zu vertiefen, sondern auch vorsichtig tastend nach einer eigenen Rolle als weltpolitischer Akteur zu suchen, war Entspannung die entscheidende Voraussetzung für europäi-

(Fortsetzung Fußnote 18)

und die Ostpolitik, in: Gottfried Niedhart/Detlef Junker/Michael W. Richter (Hg.), *Deutschland in Europa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert*, Mannheim 1997, S. 171–179; Markus Bernath, *Wandel ohne Annäherung. Die SPD und Frankreich in der Phase der Neuen Ostpolitik 1969–1974*, Diss. Berlin 1997.

¹⁹ Ziebara (Anm. 16), S. 47.

²⁰ Pompidou zu Brandt 4. 12. 1971, Soutou, *L'attitude* (Anm. 18), S. 271.

²¹ So rückblickend 1980 der sowjetische Botschafter in der DDR, Abrassimow, zum französischen Botschafter in Bonn, Brunet, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der

(Fortsetzung Fußnote 21)

DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO), Zentralkomitee, Büro Axen, IV/2.035/66. Vgl. insgesamt auch Georges-Henri Soutou, *La place de l'URSS dans la politique allemande de la France 1943–1969*, in: Baechler/Müller (Hg.) (Anm. 17), S. 45–62.

²² Schwarz (Anm. 11), S. 178.

²³ Regierungserklärung vom 26. 9. 1969, Buda (Anm. 17), S. 112. Zur Bedeutung der Détente als „struktureller Notwendigkeit“, wie Pompidou sie bewertete, vgl. Rey, *Pompidou* (Anm. 18), S. 144.

²⁴ Wilkens (Anm. 7), S. 46.

²⁵ Brandt vor dem Parteivorstand der SPD, AsD, Parteivorstandsprotokolle der SPD.

²⁶ Gespräch Bahrs mit Hamon 25. 8. 1969, AsD, DB 441.

²⁷ Scheel am 15. 1. 1970 im Bundestag, *Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte* 17 (1969/70), S. 916.

sche Politik. Internationale Krisen mußten Europa, das nicht aus eigener Kraft für seine Sicherheit sorgen konnte, mit der Tatsache seiner Machtlosigkeit konfrontieren. Allzu deutlich wurde dies 1973 während der Nahostkrise. Sie ließ spüren, „daß das Gewicht Europas in Zeiten einer unmittelbaren militärischen Konfrontation unter Beteiligung der Großmächte abnehme, was bedeute, daß dieses Gewicht nur in Zeiten der Entspannung richtig zum Tragen kommen könne.“²⁸ Vor dem Hintergrund einer derartigen Argumentationsweise sprach Pompidou anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen Anfang Juli 1970 eine einfache Wahrheit aus: „Man sitze wirklich im selben Boot. ... Wenn es der Bundesrepublik gelinge, das Verhältnis zum Osten zu verbessern, werde jeder im Westen damit hinzugewonnen haben.“²⁹

Präsident Pompidou stand einerseits in der Kontinuität der Ostpolitik de Gaulles, andererseits aber setzte er eigene Akzente. Er traf häufiger mit Breschnew zusammen als mit Nixon, insgesamt jedoch suchte er nach einer Balance zwischen den Beziehungen zur Sowjetunion, deren erstrangiger Partner im Westen er bleiben wollte, zu den USA, denen gegenüber eine gewisse Wiederannäherung erfolgen sollte, und zu den europäischen Partnern, mit denen der Prozeß der Integration vorangebracht werden sollte.³⁰ Unübersehbar war der skeptische Pragmatismus, mit dem Pompidou die französische Sowjetunion-Politik betrieb. Von der Notwendigkeit guter Beziehungen zur Sowjetunion überzeugt, rechnete er gleichwohl nicht mit raschen Erfolgen in dem von de Gaulle herausgestellten Bestreben, zu einer Auflockerung der Blöcke zu kommen. Eine Überwindung der Teilung Europas sei allenfalls langfristig vorstellbar. Die harte Realität sei durch die sowjetische Rüstung geprägt, die eine Bedrohung für Europa darstelle. Der Westen dürfe das wahre, das „totalitäre“ Gesicht der Sowjetunion nicht übersehen.³¹ Willy Brandt gegenüber betonte Pompidou, „er traue den Russen halt nicht recht über den Weg und wisse nicht, worauf sie hinaus wollten.“ Suche man nach den Antriebskräften sowjetischer Entspannungspolitik, so liege die „einfachste und wahrscheinlichste Erklärung“ in dem Bedürfnis der „Sowjets“ nach „Ruhe und Frieden“ in Europa, „um ihre Hände in Asien frei zu haben“.³² Diese Perzeption der Sowjetunion wurde von Brandt bis zu einem gewissen Grad geteilt. Auch er, der von der „Ernsthaftigkeit“ des sowjetischen Wunsches nach Entspannung sprach, hielt das China-Problem für einen gewichtigen Faktor der sowjetischen Westpolitik. Weiterhin nannte er die innersowje-

tischen Probleme, „die geradezu nach stärkerer wirtschaftlicher und technischer Zusammenarbeit mit dem Westen riefen.“³³

In ihrem Interesse am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen stimmten alle Akteure überein. Die Bundesregierung befürwortete „ein Zusammenwirken deutscher und französischer Firmen“ in Osteuropa.³⁴ Die Realität war freilich eher von der deutsch-französischen Konkurrenz um den einige Erwartungen weckenden sowjetischen Markt geprägt.³⁵ Frankreich konnte seinen Handel mit der Sowjetunion zwischen 1969 und 1974 verdoppeln. Aber die Bundesrepublik wurde, was seitens der französischen Diplomatie nicht ohne Kritik gegenüber Moskau blieb, zum wichtigsten westlichen Handelspartner der Sowjetunion.³⁶ Insbesondere die umfangreichen Wirtschaftsvereinbarungen, die anlässlich des Besuchs von Breschnew in der Bundesrepublik im Mai 1973 getroffen wurden, erweckten in Paris den Eindruck, man habe das Nachsehen. Daran änderte auch die Zwischeninformation nichts, die Brandt noch während des Breschnew-Aufenthalts dem französischen und dem britischen Botschafter gab. Er setzte sich von allzu überschwänglichen Presseberichten ab und betonte im Kontrast dazu die „mühsame Entwicklung“ der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Man mache „offensichtlich die gleichen Erfahrungen wie zuvor die Franzosen“.³⁷

Die Erläuterungen Brandts erfaßten durchaus die Realität des Osthandels,³⁸ sollten aber wohl auch der Beruhigung des französischen Partners dienen, dessen Zweifel in die Beständigkeit der Bonner Westbindung leicht zu wecken waren. Es war darum von eminenter Bedeutung, daß die Ostpolitik in glaubhafter Weise an die bestehenden Strukturen der Westintegration zurückgebunden blieb. Brandt selbst hat in der innerdeutschen Debatte und im Kontakt mit den Bündnispartnern die Formel „Fest im Westen“ immer wieder betont und die westeuropäische Einigung als unersetzbares „Bauelement einer gesamteuropäischen Friedensordnung“ begriffen.³⁹ Daß Westeuropa die „Grundlage“ der Ostpolitik bildete und diese nicht als Politik der „freien Hand“ zu verstehen sei, betonte Brandt ge-

²⁸ So Bahr zum französischen Außenminister Robert 19. 11. 1973. AsD, DB 302/4.

²⁹ Pompidou gegenüber Brandt 3. 7. 1970. AsD, DB 441.

³⁰ Zu den Grundzügen und zum Kontext der Sowjetunion-Politik Pompidous vgl. Rey, *Tentation* (Anm. 18), S. 73, 82; Hassner (Anm. 16), S. 173; Wilkens (Anm. 7), S. 55. Ein Überblick zu den französisch-sowjetischen Beziehungen findet sich bei Rey, *Pompidou* (Anm. 18), S. 151 ff.

³¹ Rey, *Pompidou* (Anm. 18), S. 146 f. Interessanterweise kehrte auch die französische Politikwissenschaft in ihrer Reaktion auf die Intervention des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei zum Totalitarismus-Paradigma zurück. Vgl. Robert Desjardins, *The Soviet Union through French Eyes 1945-1985*, Houndmills/London 1988, S. 92.

³² Pompidou zu Brandt 3. 7. 1970. Wie oben Anm. 29.

³³ Ebd. In einem im Dezember gegebenen Interview für *L'Express* ergänzte Brandt für die französische Öffentlichkeit diese Punkte. Nur durch den Abbau von Spannungen in Europa könne Moskau die gewünschte Verbesserung im Verhältnis zu den USA erreichen. Ferner habe die sowjetische Führung aus den Ereignissen von 1968 gelernt. Zit. nach dem *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* 1970, Nr. 173, S. 1891-1893.

³⁴ Aufzeichnung Brandts nach Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen vom 4. 7. 1970. Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (WBA), Bundeskanzler (BK) 91. Siehe auch Unterredung Brandt-Pompidou 3. 7. 1970. Wie oben Anm. 29.

³⁵ So Pompidou im September 1971 auf einer Pressekonferenz. Rey, *Pompidou* (Anm. 18), S. 145.

³⁶ Rey, *L'expérience* (Anm. 18), S. 95 ff. Zahlenangaben bei Rey, *Tentation* (Anm. 18), S. 130. Zur innerfranzösischen Debatte Kierisch (Anm. 16), S. 190 ff.

³⁷ Aufzeichnung der Unterredung Brandts mit dem französischen Botschafter Snouvargues und dem britischen Botschafter Henderson 21. 5. 1973. AsD, DB 441.

³⁸ Siehe dazu Volker R. Berghahn, *Lowering Soviet Expectations. West German Industry and Ost-handel during the Brandt Era*, in: ders. (Hg.), *Quest for Economic Empire. European Strategies of German Big Business in the Twentieth Century*, Providence/Oxford 1996, S. 145-157.

³⁹ Brandt in einer Aufzeichnung für die Kabinettsitzung vom 7. 6. 1970, WBA, BK 91.

rade im Hinblick auf Frankreich.⁴⁰ Auf deutscher Seite erkannte man sehr wohl, daß es „im westlichen Ausland“ Befürchtungen gab, die Ostpolitik könne zu einer „Herauslösung der Bundesrepublik aus dem westlichen Europa“ führen und das „Sicherheitsgefüge in ganz Europa“ verändern. Auch wurde registriert, daß „unter der Oberfläche Beunruhigungen, gewisse Traumata vor den Deutschen im allgemeinen“ vorhanden waren.⁴¹

Alldem mußte Bonn durch geeignete Informationen und Erläuterungen entgegenzutreten. Im Einzelfall fühlten sich europäische Partnerländer doppelt an den Rand gedrängt, sowohl durch die ostpolitischen Initiativen der Bundesregierung als auch durch das deutsch-französische Tandem. Nach den deutsch-französischen Konsultationen Anfang 1970, bei denen die Bundesregierung die von Bahr in Moskau gerade aufgenommenen Verhandlungen zu erläutern hatte, sah sich Brandt veranlaßt, auch auf die „zweifelnden Fragen“ des italienischen Präsidenten Saragat einzugehen. Eine „Auflockerung unserer Beziehungen zur Sowjetunion, zu den osteuropäischen Staaten und zur DDR“ stellte er als „Gebot der Stunde“ dar. Unabdingbar sei dafür allerdings „die sichere Grundlage vertrauensvoller Freundschaften und bewährter Bündnisse“. „Die engste Zusammenarbeit und Abstimmung mit allen unseren Partnern im Westen ist unerlässlich. Diese Abstimmung mit Frankreich zu gewährleisten, war das wesentliche Ziel meiner kürzlichen Gespräche mit Präsident Pompidou. Es ist voll erreicht worden.“⁴²

In der „Abstimmung mit Frankreich“ wollte Brandt ostpolitische Erfahrungen austauschen. Der französische Botschafter in Bonn sah in der Ostpolitik sogar „zum ersten Mal in der Geschichte die Möglichkeit einer sehr engen deutsch-französischen Zusammenarbeit gegeben.“⁴³ Daß dabei nicht nur auf Seiten Frankreichs der Wunsch eine Rolle spielte, dadurch ein Mitspracherecht im Sinne eigener Interessen zu sichern, wurde deutlich, als Brandt Pompidou vor dessen Moskareise im Oktober 1970 daran erinnerte, die Détente müsse unteilbar bleiben und Moskau dürfe nicht erlaubt werden, die westlichen Staaten gegeneinander auszuspielen.⁴⁴

Sowohl für die Bundesrepublik als auch für Frankreich gab es institutionelle Klammern, um Alleingänge zu verhindern: die westeuropäische Integration und die nordatlantische Allianz. Für die Bundesrepublik gehörten beide Einrichtungen zu den Voraussetzungen, auf der Bühne der internationalen Politik eine

wichtige Rolle spielen und das seit Adenauer ausgegebene Ziel der Gleichberechtigung anstreben zu können. Aus französischer – wie ganz allgemein westlicher – Perspektive handelte es sich darum, die Bundesrepublik einzubinden, ihr Potential für den Westen zu nutzen, aber auch im Westen zu kontrollieren.⁴⁵ In jeglicher Hinsicht erschien es darum dringlich, im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren neue Initiativen in der Europa-Politik zu entwickeln. Der europäische Gipfel in Den Haag im Dezember 1969 dokumentierte beides: den Willen zur Stärkung und Erweiterung Europas, um in einer entscheidenden Phase der Nachkriegsentwicklung die Bundesrepublik weiterhin mit Westeuropa zu verzahnen; und die Bereitschaft der Bundesrepublik, alle ostpolitischen Schritte in Westeuropa abzusichern und die aus der Dynamik der Ostpolitik entstehenden Wirkungen im gleichzeitigen Bemühen um eine politische Union Europas abzufedern. In einer beinahe schon verräterisch klingenden Formulierung sprach Willy Brandt kurz vor dem Haager Gipfel davon, er wolle bei dieser Gelegenheit dem französischen Staatspräsidenten seine „Überlegungen zur östlichen Komponente der deutschen Europapolitik“ erläutern.⁴⁶ Für die französische Sicht der Dinge aufschlußreich war eine Äußerung von Außenminister Schumann wenige Wochen nach dem Moskauer Vertrag. Man sei sich einig, daß „eine der sich aus dem Vertrag ergebenden Konsequenzen in der Weiterentwicklung, der Straffung und Intensivierung der Tätigkeit der EWG bestehen muß.“⁴⁷ Die dadurch zu erreichende verstärkte Einbindung der Bundesrepublik in Europa erschien offenbar verlässlicher als bloße Versicherungen der Westdeutschen zur Selbstbindung!

Auch das Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz, das schließlich im KSZE-Schlußdokument von 1975 gipfelte, hatte für Frankreich unter anderem die Funktion, die Entspannungspolitik zu einem multilateralen Prozeß zu machen, der mögliche deutsche Alleingänge ausschloß und darüber hinaus die Supermächte integrierte, so daß deren bilaterale Verständigung über die Köpfe der dann entmündigten Europäer hinweg abgewendet werden konnte. Präsident Pompidou stimmte darum bei seinem Moskauerbesuch im Oktober dem sowjetischen Wunsch nach einer solchen Konferenz prinzipiell zu⁴⁸ und bekräftigte

⁴⁰ Notizen Brandts zur Vorbereitung der deutsch-französischen Konsultationen am 25./26. 1. 1971, WBA, BK 92. Vgl. auch Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, S. 339.

⁴¹ So der Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen beim Parteivorstand der SPD, H.E. Dingels, am 4. 11. 1970 an die SPD-Abgeordneten Wienand und Mattick in Vorbereitung der NATO-Parlamentarier-Konferenz in Den Haag. Eine Kopie ging an Brandt, der einzelne Passagen markiert hat. WBA, SPD-Parteivorsitzender, Verbindungen mit Referaten 59.

⁴² Brandt an Saragat 26. 2. 1970, WBA, BK 54.

⁴³ Unterredung Brandt – Seydoux 30. 10. 1969, AsD, DB 441.

⁴⁴ Brandt an Pompidou 5. 10. 1970, WBA, BK 51.

⁴⁵ Vgl. dazu Soutou, *L'attitude* (Anm. 18), S. 282 ff.; Meimeth (Anm. 17), S. 63, 71 f. Zum Gesamtzusammenhang auch Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994*, Paderborn 1995; Helga Haftendorn, *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982*, Baden-Baden 1983; Klaus Hildebrand, *Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1982*, Bonn 1991; Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geeilte Kontinent*, München 1993.

⁴⁶ Brandt an Pompidou 27. 11. 1969. Im Entwurf, den Brandt änderte, hatte es geheißen: „meine Überlegungen zur deutschen Ostpolitik“. AsD, DB 441. Vgl. auch Brandt (Anm. 15), S. 181.

⁴⁷ Schumann in einem ARD-Interview 27. 9. 1970. Werner Link, *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969–1974*, in: Karl-Dierich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link, *Republik im Wandel. Die Ära Brandt*, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 241. Vgl. auch Meimeth (Anm. 17), S. 155.

⁴⁸ Meimeth (Anm. 17), S. 114.

damit das schon ein Jahr zuvor von seinem Außenminister gegebene Signal.⁴⁹ Der Bundesrepublik konnte diese Entwicklung nur recht sein. Sie teilte das französische Interesse an der Sicherheitskonferenz, mußte aber keine Vorreiterrolle spielen.

Eine vergleichbar integrative Rolle spielte die NATO, die darüber hinaus die unersetzbare Grundlage der Sicherheit für die Bundesrepublik darstellte. Daß sich dies auch nach dem Moskauer Vertrag vom August 1970 nicht geändert hatte und daß darüber hinaus alles getan werden mußte, um die Präsenz amerikanischer Truppen in Deutschland und Europa sicherzustellen, war in der Bundesregierung nicht umstritten, zugleich aber auch ein spezielles Anliegen von Verteidigungsminister Schmidt, das dieser wiederholt zum Thema machte.⁵⁰ Die Ostpolitik dürfe nicht dazu führen, der in den USA geführten Diskussion über Truppenreduzierungen in Europa zusätzlich Nahrung zu geben. Auch Schmidt wußte, daß der bestehende Umfang amerikanischer Truppen nicht auf einem Naturgesetz beruhe.⁵¹ Aber er insistierte auf der strikten Beibehaltung der bisherigen Sicherheitspolitik. Die Bemerkung in Bahrs Planungsstudie über europäische Sicherheit,⁵² auf die Darstellung militärischer Aspekte werde verzichtet, versah Schmidt mit der schlichten Marginalie „warum?“⁵³ Ungeachtet verschiedener Akzentsetzungen bestand aber Einigkeit in Bonn, daß es auf absehbare Zeit keine sicherheitspolitische Alternative zur NATO und zur Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Militärallianz gab.

Dem stimmte der französische Bündnispartner, für den die sicherheitspolitische Verflechtung der Bundesrepublik mit der NATO zugleich eine Gewähr für die Anbindung der Bundesrepublik an den Westen war, ebenso zu wie der Erwartung, es sei mit einer schrittweisen Reduzierung der amerikanischen Militärpräsenz zu rechnen. Bahr stellte im Meinungsaustausch mit Hamon fest, es bestehe ein gemeinsames „Interesse, den Prozeß zu verlangsamen“. Einig war man sich auch darin, daß die Westeuropäer verhindern müßten, die Frage der Truppenstärken zu einer „bilateralen Sache zwischen den USA und der Sowjetunion oder gar zu einer einseitigen Sache der USA“ werden zu lassen.⁵⁴ Daß die Détente in den Ost-West-Beziehungen nicht über die Köpfe der Europäer hinweg erfolgen dürfe, war eine grundlegende Gemeinsamkeit in der französischen und deutschen Urteilsbildung. Dabei ging man in Frankreich großzügiger über den Widerspruch von Status- und Sicherheitsfrage hinweg, der darin bestand, seine Eigen-

ständigkeit bewahren zu wollen, aber nicht vollständig für seine Sicherheit sorgen zu können. Frankreich wünschte sich „ein Commitment der Vereinigten Staaten für den Schutz Europas“, wehrte sich aber gegen jedes Commitment „für die Angelegenheiten Europas“.⁵⁵

Die daraus zwischen der Bundesrepublik und Frankreich erwachsenden Meinungsunterschiede sind hier nicht im einzelnen zu erörtern. Auf jeden Fall blieb ein früherer Wunsch Bahrs unerfüllt. Bei Übernahme des Präsidentenamts durch Pompidou meinte er in einem Vermerk für Außenminister Brandt, „es wäre gut, erklären zu können“, daß zwischen Bonn und Paris „über die Bedeutung der Vereinigten Staaten ... ebensowenig Meinungsverschiedenheiten bestünden wie für den Wunsch, mit der Sowjetunion und den anderen Staaten Ost- und Südosteuropas zu stärkerer Kooperation zu kommen.“⁵⁶ Aus französischer Sicht galt es demgegenüber, zwei Entwicklungen zu vermeiden. Die USA-Orientierung der Bundesrepublik dürfe nicht zu weit gehen, um eine allzu große Einflußnahme der USA auf Europa zu vermeiden. Analog dazu sollten die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion kein Eigenleben entwickeln, weil damit die Gefahr einer neuen Mächtekonstellation in Europa verbunden zu sein schien. Da die Bundesrepublik keinerlei französische Aufsicht akzeptieren konnte, erwachsen aus dieser Konstellation notwendigerweise Reibungspunkte. <

III.

Während es zum Wesen der französischen Außenpolitik gehörte, die Eigenständigkeit Frankreichs als Großmacht zu betonen, waren Statusfragen in der westdeutschen Außenpolitik bis weit in die sechziger Jahre hinein eher zweitrangig. Allenfalls Adenauers Petitum, die Bundesrepublik müsse darauf sehen, ein gleichberechtigter Partner im westlichen Bündnis zu werden, ist hier zu nennen. Was in der Adenauer-Ära schrittweise angegangen wurde, schien im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren Realität zu werden. Das „Deutschland im Westen“,⁵⁷ zumal die Bundesrepublik der sozial-liberalen Regierung, wollte „gleicher“ als zuvor⁵⁸ sein und betrachtete die im NATO-Bündnis und im westeuropäischen Integrationsprozeß implizierte Kontrolle als „veraltet“.⁵⁹ Fern da-

⁴⁹ Rey, *Tension* (Anm. 18), S. 83 ff.; dies., *L'expérience* (Anm. 18), S. 93 f.

⁵⁰ Schmidt an Brandt 13. 8. 1970. WBA, BK 18. Siehe ferner ein von Schmidt im Auftrag gegebenes Memorandum des Planungsstabs im Verteidigungsministerium vom 28. 8. 1970. AsD, Deposition Schmidt 1649A; sowie Schmidt an Brandt 21. 10. 1970 nebst einer Anlage „Die Bedeutung der amerikanischen Truppen in Europa“. Privatarchiv Helmut Schmidt, Hamburg (PrivA HS), NATO 1967-78.

⁵¹ Helmut Schmidt, *Germany in the Era of Negotiations*, in: *Foreign Affairs* 49 (1970/71), S. 40-50, hier S. 43.

⁵² Siehe oben Anm. 4.

⁵³ Exemplar der Aufzeichnung Bahrs, das für Schmidt bestimmt war. PrivA HS, NATO 1967-78.

⁵⁴ Unterredung Bahr - Hamon 17. 11. 1971. AsD, DB 441.

⁵⁵ So Bahr in einer Aufzeichnung nach einem Gespräch mit Hamon am 2. 7. 1971. AsD, DB 441. Vgl. auch Jean-Bernard Raimond, *Georges Pompidou et l'Union soviétique*, in: *Pompidou et l'Europe* (Anm. 18), S. 171-183, hier S. 178 f.

⁵⁶ Vermerk vom 3. 7. 1969. AsD, DB 441.

⁵⁷ Alfred Grosser, *Das Deutschland im Westen. Eine Bilanz nach 40 Jahren*, München/Wien 1985.

⁵⁸ Brandt (Anm. 15), S. 189.

⁵⁹ Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland und die USA. Partner im transatlantischen Bündnis der Nachkriegsära*, in: Jürgen Elvert/Michael Salewski (Hg.), *Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert. Teil I: Transatlantische Beziehungen*, Stuttgart 1993, S. 127-142, hier S. 131.

von, aus diesen Verflechtungen auszuschneiden, wollte sie doch in deren Rahmen ein emanzipiertes Verhältnis zu den Westmächten herstellen. So sehr die „westliche Kohäsion“ als Grundlage aller Politik betrachtet wurde, so empfand man jeden Versuch Frankreichs als störend und unangemessen, eine westeuropäische Sprecherrolle beanspruchen zu wollen.⁶⁰ Bei aller Interessenidentität als Grundlage der deutsch-französischen Beziehungen bestand doch gleichzeitig eine deutlich erkennbare Konkurrenzsituation, die sich unter anderem auch in der Ostpolitik bemerkbar machte.

Ein direktes Mitspracherecht bei der Bonner Deutschland- und Ostpolitik konnte Frankreich aus seiner Stellung als Sieger- und für Deutschland als Ganzes verantwortliche Macht ableiten. In der Tat befaßte sich die sogenannte Bonner Vierergruppe sogleich mit den Implikationen der Brandtschen Formel von den „zwei Staaten in Deutschland“, die mit den Westmächten nicht abgesprochen worden war.⁶¹ In der Berlin-Frage insistierte Frankreich wiederholt darauf, der Vier-Mächte-Status der Stadt dürfe nicht angetastet werden. Auch ohne die wiederholten Hinweise aus Paris⁶² stimmte die Bundesregierung damit überein. Sie mußte aber feststellen, daß sich Paris ebensowenig wie Washington zu größerer Eile bewegen ließ, als sie auf den raschen Beginn und die zügige Durchführung von Berlin-Verhandlungen drängte.⁶³ In der Praxis änderte all dies freilich nichts daran, daß der Durchbruch in den seit März 1970 laufenden Verhandlungen nicht in der Botschafterkonferenz der Vier Mächte erzielt wurde, sondern unter Umgehung Frankreichs und Großbritanniens in Geheimkontakten zwischen den Bonner Botschaftern der USA und der Sowjetunion und Egon Bahr vom Bundeskanzleramt.⁶⁴ Zugleich aber sorgte der französische Botschafter Sauvagnargues sodann dafür, daß das Berlin-Abkommen von 1971 streng auf der Ebene der Vier Mächte blieb.⁶⁵ Nach seiner Inkraftsetzung bestand er mit Nachdruck auf einer zurückhaltenden Handhabung der getroffenen Regelungen.⁶⁶

Strikt am Status quo orientiert, empfand der französische Bündnispartner eine gewisse Unruhe angesichts der neuen Rolle der Bundesrepublik in den Ost-West-Beziehungen. Die extreme Form französischer Ängste schlug sich in der Wiederbelebung des Rapallo-Traumas nieder. Wollten die Deutschen erneut unter Ab-

kehr vom Westen zu Sonderbeziehungen mit der Sowjetunion kommen? „Es geht ein Gespenst um, das ist wahr, in manchen Kreisen“, räumte Brandt in einem Interview im September 1971 ein, um sogleich richtigzustellen: „Es gibt kein Rapallo-Problem. Der Vergleich kann im Grunde nur von denen ins Feld geführt werden, die die unterschiedlichen geschichtlichen Situationen nicht genügend in Betracht ziehen.“⁶⁷ Brandt war gerade von einem recht plötzlich anberaumten Treffen mit Breschnew zurückgekehrt und versuchte, die Öffentlichkeit zu beruhigen. Aus Bonner Sicht war es hilfreich, daß gleich zu Beginn der deutsch-sowjetischen Verhandlungen im Januar 1970 der französische Außenminister der Aktivierung des Rapallo-Komplexes in aller Form entgegengetreten war und den von Bonn kommenden Informationsfluß gerührt hatte.⁶⁸

Die überaus intensive Unterrichtung Frankreichs – wie auch Großbritanniens und vor allem der USA – über den Gang der deutsch-sowjetischen Kontakte änderte freilich wenig daran, daß die „incertitudes allemandes“ in Frankreich ebenso eine Realität waren wie die prinzipielle Unterstützung für die Bonner Ostpolitik. Bonn hielt die Drei Mächte auf dem Laufenden, trat aber nicht eigentlich in Konsultationen über die Ostpolitik ein. Die Bundesregierung wollte nicht um Erlaubnis fragen, wie Bahr gegenüber Henry Kissinger am 13. Oktober 1969 noch vor der Wahl Brandts zum Bundeskanzler unterstrich.⁶⁹ Was für die USA galt, die als erste informiert wurden, bestimmte erst recht das Verhältnis zu Frankreich.

In Bonn war man nicht nur selbstbewußt, sondern auch vorsichtig. Dazu gehörte, daß die traditionell engen Kontakte mit Frankreich unverändert gepflegt wurden. Bahr empfahl Brandt kurz nach dem Wahlsieg vom 28. September 1969 mit entsprechenden Gesten gegenüber Pompidou nicht zu sparen und meinte, man solle „Paris in einem Augenblick der Unsicherheit, des Abwartens und mancher Sorgen eine engere Zusammenarbeit“ vorschlagen.⁷⁰ Brandt solle die Initiative zu einer regelmäßigen persönlichen Korrespondenz mit Pompidou ergreifen.⁷¹ Das „Gewicht der Bundesrepublik“, so Bahrs Analyse, sei gestiegen, und es werde „heute in den europäischen Hauptstädten in Ost und West politisch in Bezug auf Bonn gedacht“. Nicht überall sehe man die „größere Bewegungsfreiheit gegenüber dem Osten“ gern, denn: „Die Deutschen an der kurzen Leine sind angenehm.“ Völlig in Übereinstimmung mit Brandt wollte Bahr nicht auf-

⁶⁰ So der Tenor bei einer Konferenz der in den europäischen Hauptstädten akkreditierten Bonner Missionsechefs, 19.–21. 6. 1972. Aufzeichnung dazu vom Planungstab des Auswärtigen Amts 26. 6. 1972. AsD, Nachlaß Eugen Selbmann 125. – Zur „Problematik des französischen Führungsanspruchs in der europäischen Entwicklung“ auch schon Bundeskanzler Kiesinger am 3. 5. 1968. AAPD 1968, Bd. 1, S. 333.

⁶¹ Wilkens (Anm. 7), S. 79, 81.

⁶² Siehe etwa Pompidou an Brandt 13. 3. 1970; Schumann an Scheel 7. 4. 1970, AsD, DB 441. Pompidou an Brandt 30. 4. 1970, WBA, BK 51. Vgl. auch Meimeth (Anm. 17), S. 70 f.; Wilkens (Anm. 7), S. 192 f.; Soutou, L'attitude (Anm. 18), S. 277 ff.; Höhne (Anm. 17), S. 72 f.

⁶³ Wilkens (Anm. 7), S. 138 ff.

⁶⁴ Bahr (Anm. 4), S. 359 ff.; Valentin Falin, *Politische Erinnerungen*, München 1993, S. 165 ff.

⁶⁵ Im einzelnen dazu Link (Anm. 47), S. 202 ff.

⁶⁶ So gegenüber Holger Börner und anderen Politikern der SPD bei einem Arbeitsessen am 15. 2. 1973. AsD, DB 441.

⁶⁷ Brandt in einem Fernsehinterview am 20. 9. 1971. Wilkens (Anm. 7), S. 106.

⁶⁸ In einem Fernsehinterview anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen 31. 1. 1970 und vor der Nationalversammlung am 28. 4. und 12. 8. 1970. Wilkens (Anm. 7), S. 85 f., 88, 102 f. Zur Wirksamkeit des Rapallo-Gespensts in der französischen Öffentlichkeit auch Meimeth (Anm. 17), S. 67 f. Insgesamt Klaus Larres, *Germany and the West: the 'Rapallo Factor' in German Foreign Policy from the 1950s to the 1990s*, in: Klaus Larres/Panikos Panayi (Hg.), *The Federal Republic of Germany since 1949. Politics, Society and Economy before and after Unification*, London/New York 1996.

⁶⁹ Aufzeichnung Bahrs dazu in AsD, DB 439/2.

⁷⁰ Bahr in einer Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter Seydoux 8. 10. 1969, AsD, DB 441.

⁷¹ Vermerk Bahrs für Brandt 13. 11. 1969. Ebd.

trumpfen, sondern war um „den Abbau von Mißtrauen gegen eine selbständigere Politik“ bemüht. „Gelegentliche Worte der Bescheidenheit werden in westlichen Hauptstädten wie Balsam wirken.“⁷²

Bei aller diplomatischen Vorsicht war indes deutlich erkennbar, „daß die Bundesrepublik nunmehr mit allen Beteiligten selbst über die Dinge“ sprach, die sie angingen.⁷³ Nicht ohne Stirnrunzeln kommentierte Präsident Pompidou, daß die Bundesrepublik „nun selbständig“ handelte, „ohne irgend jemanden um Erlaubnis zu fragen.“⁷⁴ *Le Monde* brachte es auf den Punkt und entsprach damit dem Selbstverständnis der westdeutschen politischen Führung in präziser Weise: „La République Fédérale est devenue une ‚nation adulte‘.“⁷⁵ Damit war unüberschaubar ein neuer Abschnitt der Nachkriegsgeschichte angebrochen.⁷⁶

Wohin die Entwicklung nun gehen würde, war eine Frage, die in Frankreich oft genug bange gestellt wurde. Auf der persönlichen Ebene hat dazu wohl beigetragen, daß Bundeskanzler Brandt als „Rätsel“ empfunden wurde, als ein Gesprächspartner, der sich einer eindeutigen Einschätzung entzog.⁷⁷ Mit einiger Sorge wurde registriert, daß Brandt kein „Rheinländer“ zu sein schien, der nach Westen zu blicken gewohnt war, sondern ein „Deutscher“, der eine „deutsche Politik“ verfolgte.⁷⁸ Während der sozial-liberalen Regierung in der innerdeutschen Auseinandersetzung oft genug der Ausverkauf nationaler Interessen vorgeworfen wurde, erkannte Pompidou mit sicherem Gespür, wenn auch mit weit übertriebenen Befürchtungen, daß die deutsche Frage neu aufgerollt wurde. Die von Frankreich im Interesse der europäischen Stabilität verfochtene Anerkennung des Status quo unter Einschluß der deutschen Teilung⁷⁹ werde von der Bundesrepublik nur vordergründig bestätigt. Man müsse erkennen, daß die Bundesregierung mit

⁷² Memorandum Bahrs 6. 11. 1969. AsD, DB 436. Auch Außenminister Scheel sah es als wichtige Aufgabe an, Mißtrauen zu zerstreuen. „Die verbale Zustimmung zu unserer Politik ist sehr nützlich; aber ich kenne die Meinungen, die dahinterstehen, sehr genau. Ich renne herum von einem Land zum anderen ...“ Scheel am 25. 4. 1970 vor dem Bundesvorstand der FDP. Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach (ADL). Bundesvorstand FDP 160.

⁷³ Brandt vor der SPD-Fraktion 3. 11. 1970 unter Bezug auf das Treffen Scheels mit Gromyko am 30. 10. 1970. AsD, SPD-Fraktion, 6. Wahlperiode, Mappe 43.

⁷⁴ Pressekonferenz September 1970. Wilkens (Anm. 7), S. 100.

⁷⁵ *Le Monde* 21. 9. 1971. Zit. ebd. S. 8, 105.

⁷⁶ Mit der ihm eigenen Pointiertheit fußte Bahr dies in einem Sprechzettel zur Außenpolitik für Helmut Schmidt am 19. 6. 1972 zusammen, den Schmidt für eine Sitzung des Parteirats der SPD erbeten hatte. Die Bundesregierung habe mit ihrer Ostpolitik „die deutschen Interessen vertreten“. Dabei sei sie nicht nur als Mitläufer aufgetreten. „Wir haben selbständig gehandelt, in Moskau wie in Warschau, im engen Einvernehmen mit unseren Bündnispartnern, aber – wie diese – in Wahrung der eigenen Interessen.“ AsD, DB 63.

⁷⁷ Michel Jobert, *Mémoires d'avenir*, Paris 1974, S. 165.

⁷⁸ Ders., *L'autre regard*, Paris 1976, S. 165. Nicht zuletzt auch Bahr hatte im Elysée das Image eines Nationalisten. Vgl. Wilkens (Anm. 7), S. 61, 174.

⁷⁹ Vgl. auch Rey, *Pompidou* (Anm. 18), S. 149, 167. – Bahr wurde von Hamon am 16. 7. 1970 gewarnt, man solle in der Bundesrepublik für den Fall einer Wiedervereinigung an die „Reaktionen in Frankreich denken. Nicht, daß wir auf die Wiedervereinigung verzichten sollten, aber es sei dann erforderlich, geeignete Vorsorgen zu treffen, daß eine Reihe französischer Politiker nicht verstört werde.“ AsD, DB 441.

ihrer Ostpolitik auf eine Lösung der deutschen Frage und damit eine Veränderung des Status quo ziele.⁸⁰ In der Tat beherzigte man in Bonn nach wie vor den Hinweis, den schon Präsident Kennedy gegeben hatte. Man könne den Status quo nur überwinden, wenn man ihn zuvor anerkenne.⁸¹ Nicht die Verfestigung des Status quo, wie es nach außen hin erscheinen mochte und zunächst auch mußte, um die Bereitschaft der Sowjetunion zu weitergehenden Entspannungsschritten zu stärken, stand im Vordergrund des ostpolitischen Kalküls. Entspannung wurde vielmehr als „dynamischer Prozeß“ begriffen, wie der damalige Bundeskanzler Kiesinger schon 1967 angemerkt hatte.⁸² In dessen Verlauf sei friedlicher Wandel und langfristig auch die Lösung der deutschen Frage vorstellbar. Interessanterweise machte sich das Bundeskanzleramt nach dem Moskauer Vertrag die Mühe, die Redaktion von *Le Monde* auf diesen Punkt hinzuweisen.⁸³

In Frankreich verstand man – anders als in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit – sofort die revisionspolitischen Implikationen der Ostpolitik. De Gaulle hatte stets geltend gemacht, daß seine Politik eine Auflockerung der Blöcke und damit die Erosion des sowjetischen Imperiums anstrebe. Anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen Anfang 1967 notierte Bahr die fundamentale Übereinstimmung: „Wir verstehen – wie Frankreich – unter Entspannung eine Voraussetzung zur Überwindung und nicht zur Bestätigung des Status quo.“⁸⁴ Pompidou bestätigte 1972 gegenüber Brandt diese Einschätzung, fügte allerdings fast im Sinne einer Ermahnung hinzu, wie wichtig die Beachtung des Zeitfaktors sei. Es bedürfe eines langsamen und abgestimmten Vorgehens.⁸⁵ Alles müsse vermieden werden, was auf seiten der Sowjetunion Irritationen aufkommen lassen könnte, die zu einer Wiederholung der Ereignisse des Jahres 1968 führen könnten. Brandt versuchte Pompidou in diesem Punkt zu beruhigen. Schon im Juli 1970 wies er ihn darauf hin, daß die sowjetische Führung aufgehört habe, den „vorgeblichen deutschen Revanchismus“ anzuprangern. Damit gebe Moskau „ein Mittel aus der Hand“, das „bislang zur Disziplinierung im Warschauer Pakt“ erhalten mußte. Brandt sah darin einen Beweis für die „Ernsthaftigkeit“ der sowjetischen Entspannungspolitik und für die sowjetische Einsicht, an der herkömmlichen „Art der Disziplinierung“ nicht länger festhalten zu können. Für

⁸⁰ Soutou, *L'attitude* (Anm. 18), S. 272 f., 276. Zu der wesentlich nüchterneren Einschätzung von Außenminister Schumann vgl. Wilkens (Anm. 7), S. 66 ff.

⁸¹ So die in Anknüpfung an Kennedy schon 1962/63 entwickelte Vorstellung Brandts und Bahrs. Dazu Andreas Vogtmeier, *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996, S. 57 ff.

⁸² Marcowitz (Anm. 11), S. 270.

⁸³ Bundeskanzleramt an *Le Monde* 20. 8. 1970. AsD, DB 85/1.

⁸⁴ Aufzeichnung Bahrs 11. 1. 1967. AsD, DB 441. In einem Memorandum vom 1. 10. 1968 faßte Bahr zusammen: „Das Hauptziel der sowjetischen Europapolitik ist die Sicherung und Legalisierung des Status quo. Die deutsche Politik erstrebt ausgesprochen, zuletzt durch den Bundeskanzler, die Veränderung des Status quo. Es handelt sich hier um einen echten Gegensatz der Interessen.“ AAPD 1968, Bd. 2, S. 1279.

⁸⁵ Pompidou zu Brandt 10. 2. 1972. Rey, *Pompidou* (Anm. 18), S. 147. Vgl. auch Soutou, *L'attitude* (Anm. 18), S. 296.

Brandt war es „faszinierend festzustellen, daß die Russen die antideutsche Karte ... aus der Hand gäben“. Das deutsche Gesprächsprotokoll vermerkt an diesem Punkt: „Präsident Pompidou dachte über diese Ausführungen zunächst lange nach.“ Schließlich bestätigte er Brandts Beobachtung.⁸⁶

Vermutlich ging dem Präsidenten durch den Kopf, daß die Entspannungspolitik nicht nur die rigide Blockdisziplin im Osten lockern könnte, was durchaus willkommen war, sondern auch zu größerem Bewegungsspielraum für die Bundesrepublik führen mußte, was eher Bedenken auslöste. Darum die zweite Forderung Pompidous, man müsse sich eng aufeinander abstimmen. Dies hing nicht nur damit zusammen, daß die Bundesrepublik im Begriff war, an die Stelle Frankreichs als vorrangiger europäischer Verhandlungspartner der Sowjetunion zu treten,⁸⁷ sondern auch damit, daß das französische Nachkriegskonzept der „double sécurité“ gegenüber der Sowjetunion und der Bundesrepublik⁸⁸ ins Wanken geriet. Die Entspannungspolitik sollte nach französischer Auffassung eine „intersystemare Kommunikation“⁸⁹ in den Bereichen von Politik, Wirtschaft und Kultur fördern, zunächst aber den militärischen Status quo nicht berühren. Die Ablehnung der auch von der Bundesrepublik mitgetragenen Überlegungen zu einer beiderseitigen und gleichgewichtigen Truppenreduzierung in Europa und der 1973 beginnenden MBFR-Verhandlungen war die Folge. Damit drohe eine Veränderung des europäischen Kräftefelds und die Gefahr einer erhöhten Einflusnahme der Sowjetunion auf Westeuropa. Jede Truppenreduktion müsse das westliche Bündnis schwächen, denn sie bedeute „auf längere Sicht einen Abzug der Amerikaner“.⁹⁰ „Das Gleichgewicht werde ja dargestellt durch die Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion.“⁹¹

Demgegenüber argumentierte die Bundesregierung, gerade durch die MBFR-Verhandlungen könne die – auf jeden Fall bevorstehende – Ausdünnung amerikanischer Truppen in Europa einem kontrollierten Verfahren unterworfen werden.⁹² Als Gegenleistung für ihre generelle Unterstützung der Ostpolitik mag die französische Regierung tatsächlich erwartet haben, „daß sich Bonn in der Diskussion über die beiderseitige Truppenreduzierung in Europa mehr Zurückhaltung auferlegt.“⁹³ Doch so sehr der Bundesrepublik am französischen Wohlwollen gelegen sein mußte, war Bonn doch keineswegs bereit, einer ausgesprochen französischen Interessendefinition zu folgen. Es war allzu deutlich, daß es Frankreich auch um die Eigenständigkeit seiner Rüstungspolitik ging. Was von französischer Seite als Gefahr beschworen wurde, brauchte man sich in Bonn nicht zu

eigen zu machen. Denn die Bundesrepublik selbst bestand darauf, daß eine Truppenreduzierung das Kräftegleichgewicht nicht gefährden durfte. Das Gespenst des Neutralismus schließlich, von dem sich die französische Führung im Hinblick sowohl auf Deutschland als auch auf Europa insgesamt wiederholt gepeiniget sah, erschien aus Bonner Sicht als Marotte, mit der man leben mußte.⁹⁴ Dazu gehörte auch die von Pompidou geäußerte Befürchtung, die Bundesrepublik könnte entsprechenden sowjetischen Versuchungen nachgeben, um das Ziel der deutschen Einheit zu erreichen.⁹⁵ Besonders im Krisenjahr 1973 steigerten sich solche „Urgänge“ „jenseits des Rheins“, wie Außenminister Scheel beobachtete. Dabei handele es sich um eine „absurde Vorstellung“. Doch auch „Versicherungen unserer Seite“ könnten solche Ängste „wohl immer nur ein wenig“ dämpfen.⁹⁶

IV.

Resümierend läßt sich sagen, daß Frankreich und die Bundesrepublik im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren einerseits „gleichlaufende Interessen“ verfolgten, um eine Formulierung Stresemanns aus dem Jahr 1925 aufzugreifen,⁹⁷ andererseits jedoch eigene Rollenverständnisse hatten, von denen die wechselseitigen Perzeptionen geprägt waren. Neben der Partnerschaft in Grundfragen der Europa- und Sicherheitspolitik stand auf beiden Seiten der Wille zur Eigenständigkeit. In der Bundesrepublik schlug er sich u.a. in der Ostpolitik als eigenständigem deutschen Beitrag zur internationalen Entspannung nieder. Auf französischer Seite blieben, wie deutlich geworden ist, gewisse Besorgnisse über die Implikationen dieser Politik nicht aus. Anders aber als in den zwanziger Jahren waren die bestehenden Differenzen nie so stark, um die kooperative Basis in den deutsch-französischen Beziehungen ernsthaft gefährden zu können. Die Ursache dafür lag in der Struktur der internationalen Politik. Ein Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich in Westeuropa ein Grad der Vernetzung der Nationalstaaten herausgebildet, der – auch im französischen Fall – zu einem Wandel der Nationalstaatlichkeit geführt hatte. Nationale Interessen waren nur noch in verträglicher Abstimmung mit kollektiven westeuropäischen Interessen zu realisieren. Die Bundesrepublik verfolgte ihre im nationalen Interesse verstandene Ostpolitik als „vielfach vernetzte Ausgleichsmacht“.⁹⁸ Frankreich seinerseits suchte auf der operativen Ebene die Abstimmung mit der Bonner Regierung.

⁸⁶ Unterredung Brandt – Pompidou 3. 7. 1970, AsD, DB 441.

⁸⁷ Hassner (Anm. 16), S. 176 f.; Meimeth (Anm. 17), S. 65.

⁸⁸ Soutou (Anm. 21), S. 51 ff.

⁸⁹ Meimeth (Anm. 17), S. 163.

⁹⁰ Pompidou zu Brandt 3. 7. 1970, Deutsch-französische Konsultationen, Vermittungssitzung, AsD, DB 441.

⁹¹ Ebd. Nachmittagssitzung.

⁹² Ebd. Vormittagsitzung.

⁹³ Ernst Weisenfeld in: *Die Zeit*, 26. 11. 1971.

⁹⁴ Zu Pompidous „Alptraum“ Brandt (Anm. 40), S. 347 f., 353 f., 364 f.

⁹⁵ Rey, Pompidou (Anm. 18), S. 150.

⁹⁶ Schölwer Tagebuch 6. 1. 1973, ADL 10806/26. Siehe auch den Artikel von Ernst Weisenfeld in: *Die Zeit*, 20. 7. 1973. Insgesamt zu dieser französischen Perzeption Soutou, Pompidou (Anm. 18), S. 175 f.

⁹⁷ *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, Serie B, Bd. 1, Teil 1, S. 730.

⁹⁸ Hansieder (Anm. 45), S. 448.

Deutlich wurde dies schon anlässlich der ersten deutsch-französischen Konsultationen, die nach der Bildung der sozial-liberalen Regierung am 30. und 31. Januar 1970 in Paris stattfanden. Der Zufall wollte es, daß gleichzeitig in Moskau die Verhandlungen Bahrs mit Gromyko begannen. Außenminister Schumann hatte schon Mitte des Monats nach einem Treffen mit seinem deutschen Kollegen Scheel betont, die deutschen und französischen Ansätze im Umgang mit der Sowjetunion seien „komplementär und solidarisch“.⁹⁹ Jetzt erhielt die Ostpolitik auch auf höchster Ebene die französische Rückendeckung. Willy Brandt zeigte sich „dankbar für volle Unterstützung“.¹⁰⁰ Zugleich ließ Pompidou eine gewisse Nervosität erkennen, wenn er schon zu diesem frühen Zeitpunkt auf detaillierte Informationen drängte.¹⁰¹

Frankreich und die anderen westlichen Bündnispartner sahen sich über den faktischen Ablauf der deutsch-sowjetischen Kontakte in dichter Folge informiert. „Mir liegt daran, daß wir wegen unserer Kontakte mit Osteuropa und mit der DDR in sehr enger Fühlung bleiben.“ ließ Brandt Pompidou wissen.¹⁰² Im selben Atemzug wurden die Westmächte zum „baldigen Beginn von Vierer-Gesprächen über Berlin auf der Grundlage einer abgestimmten westlichen Position“ gedrängt.¹⁰³ Bonn wußte natürlich, daß es bei allem Willen zur Eigenständigkeit in der Berlin-Frage, die integraler Teil der Ostpolitik sein mußte, auf die Kooperationsbereitschaft der für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte angewiesen war.

Auch bei den nächsten deutsch-französischen Konsultationen Anfang Juli 1970 bildeten die Ost-West-Beziehungen das „erste Gesprächsthema“. Pompidou betonte abermals seine wohlwollende Einstellung zur Ostpolitik. Er unterstrich sogar ausdrücklich, er wolle die Bundesregierung damit gegen die CDU/CSU-Opposition und „auch vielleicht gegen ein gewisses amerikanisches Zögern“ unterstützen. „Um so wichtiger sei es für ihn, über den derzeitigen Stand und die Aussichten für die nächsten Wochen informiert zu werden.“¹⁰⁴ In der Folgezeit kam es Pompidou darauf an, nicht in den Schatten der Bonner Ostpolitik zu geraten und die Unverwechselbarkeit seiner Beziehungen zur sowjetischen Führung zu behaupten. So vermochte er dem Vorschlag Brandts, nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrags eine Gipfelkonferenz Bonns mit den Westmächten durchzuführen, nichts abzugewinnen, weil die Bundesrepublik dadurch nur aufgewertet werde.¹⁰⁵ Auch wünschte er anlässlich seiner Gespräche in Mos-

⁹⁹ Wilkens (Anm. 7), S. 83.

¹⁰⁰ Notiz Brandts 31. 1. 1970: „Deutsche Ostpolitik erklärt. Dankbar für volle Unterstützung.“ WBA, BK 91.

¹⁰¹ Bernath (Anm. 18), S. 128 f.

¹⁰² Brandt an Pompidou 22. 3. 1970. WBA, BK 51. Gleichlautende Schreiben gingen nach Washington und London.

¹⁰³ Gleichlautende Schreiben Brandts an Präsident Pompidou, Präsident Nixon und Premierminister Wilson 25. 2. 1970. Ebd.

¹⁰⁴ Pompidou zu Brandt 3. 7. 1970. AsD, DB 441. Zu den verschiedensten deutsch-französischen Kontakten im einzelnen Wilkens (Anm. 7), S. 72 ff.

¹⁰⁵ Ebd., S. 99 f.

kau im Oktober 1970 keinen förmlichen Vertrag mit der Sowjetunion. Man solle Bonn nicht nachjagen.¹⁰⁶ Brandt ließ er wissen, sein Besuch in der Sowjetunion markiere einen neuen Schritt auf dem schon von de Gaulle eingeschlagenen Weg.¹⁰⁷ Überblickt man die halbjährlichen deutsch-französischen Konsultationen, so ist festzustellen, daß die Ostpolitik schon im Januar 1971 kein dominierendes Thema mehr war und hinter der Europa- und Währungspolitik sowie bilateralen Fragen zurücktrat.¹⁰⁸

Im Oktober 1971 war die französische Hauptstadt das Ziel der ersten Westreise, die Breschnew in seiner Amtszeit unternahm. Dem war allerdings sein Treffen mit Brandt in Oreanda auf der Krim vorausgegangen, das überraschend anberaumt worden war und vom 16. bis 18. September stattfand. Schon im Mai hatte die sowjetische Führung angeregt, den anlässlich des Moskauer Vertrags begonnenen direkten Kontakt zwischen Brandt und Breschnew fortzusetzen.¹⁰⁹ Angesichts des erfolgreichen Endes der Berlin-Verhandlungen kam Moskau darauf zurück und schlug ein Treffen noch im September vor, um „den breiten Kreis der bilateralen Fragen und der Aspekte der internationalen Lage zu besprechen, die für beide Seiten von Interesse“ waren.¹¹⁰ In einer handgeschriebenen Mitteilung für Verteidigungsminister Schmidt brachte Brandt zum Ausdruck, sich dem sowjetischen Vorschlag – „gerade wegen der Gespräche mit der DDR“ – nicht entziehen zu können. „Dies umso mehr, als Breschnew im Oktober in Paris sein wird und ein Nixon-Besuch in der Sowjetunion streng geheim vorbereitet wird.“¹¹¹ Im Rückblick vermutete Brandt, „Breschnew lag wohl daran, vor seinem Frankreich-Besuch im Oktober mit mir zu sprechen.“¹¹² Daß es Brandt seinerseits darum ging, eine wichtige Rolle im Ost-West-Dialog zu spielen, ist nur allzu deutlich. Die Gelegenheit dazu durfte nicht verpaßt werden, auch wenn der dadurch entstehende Informationsvorsprung Bonns seitens der Westmächte „mit nicht nur freundlicher Aufmerksamkeit registriert wurde“.¹¹³

Wie groß die Irritationen in Paris waren, sollte sich schnell zeigen.¹¹⁴ Insbesondere wurde geargwöhnt, Brandt hätte von sich aus die Initiative ergriffen, um den Breschnew-Besuch in Frankreich zu entwerten.¹¹⁵ Vorab hatte Brandt offenbar nur Präsident Nixon informiert.¹¹⁶ Im übrigen bestand er darauf, daß er Termine

¹⁰⁶ Rey, *Pompidou* (Anm. 18), S. 156.

¹⁰⁷ Pompidou an Brandt 21. 10. 1970. WBA, BK 51.

¹⁰⁸ Wilkens (Anm. 7), S. 105.

¹⁰⁹ Vermerk Bahrs für Brandt 12. 5. 1971. AsD, DB 431A/2.

¹¹⁰ Unterredung Brandt – Falin 1. 9. 1971. Ebd.

¹¹¹ Brandt an Schmidt 5. 9. 1971. PrivA HS, Korrespondenz Innenpolitik 1971.

¹¹² Brandt (Anm. 40), S. 459.

¹¹³ Bahr (Anm. 4), S. 414.

¹¹⁴ Vgl. dazu auch Meimeth (Anm. 17), S. 68 f.; Sourou, *L'attitude* (Anm. 18), 295 f.

¹¹⁵ Dies stellte Brandt später gegenüber Pompidou richtig. Brandt (Anm. 40), S. 459; ders., (Anm. 15), S. 208.

¹¹⁶ Brandt an Schmidt 5. 9. 1971. Wie oben Anm. 111. Eine zeitgleiche Information erfolgte am 10. 9. 1971 seitens der deutschen Botschaften in Washington, London und Paris. Am 11. 9. 1971 wurde die Öffentlichkeit informiert. Wilkens (Anm. 7), S. 106.

„selbständig“ zu machen gedenke und Paris nicht vorher gefragt werden müsse, zumal „kein politischer Alleingang“ erfolge und eine eingehende Unterrichtung vorgesehen sei.¹¹⁷ Auch Außenminister Scheel wies in einem Interview darauf hin, daß es international unüblich sei, vor Reisetagen Konsultationen durchzuführen.¹¹⁸ Nachträglich konnten sich die westlichen Verbündeten über Informationsmangel nicht beklagen.¹¹⁹ In Moskau unternahm es Breschnew selbst, den französischen Botschafter über die Begegnung mit Brandt zu unterrichten.¹²⁰ Gleichwohl rief Brandts Reise einen „Sturm im Pariser Wasserglas“ hervor. Der Bundeskanzler fühlte sich an das „latente französische Mißtrauen“ erinnert, „wann immer Deutschland und Rußland Gemeinsames bereden.“¹²¹ Pompidou sprach auf einer Pressekonferenz am 23. September reichlich ironisch von einem „Radrennen nach Moskau“, bei dem die Deutschen aus dem Windschatten der Franzosen herauszukommen versuchten. Mit deutlich vernehmbarem Unterton setzte er hinzu, die bestehenden deutsch-französischen und französisch-sowjetischen Konsultationsvereinbarungen hätten „ein wenig mehr an vorhergehender Information gerechtfertigt“, um schließlich ein wenig resignativ und realistisch zugleich festzustellen: „Aber was hätte dies im Grunde geändert?“¹²²

Brandts Reise auf die Krim signalisierte zweierlei: das „neue Selbstbewußtsein“¹²³ der Bundesrepublik als Akteur im Prozeß der Entspannung und das internationale Gewicht, das die sowjetische Führung der Bundesrepublik zumaß. Aus französischer Sicht war beides nicht unproblematisch. Das eine konnte leicht zu einer Selbstüberschätzung mit unübersichtbaren Folgen für die europäische Sicherheit führen;¹²⁴ das andere zeigte, daß Frankreich seine Rolle als privilegierter Partner der Sowjetunion im Westen verloren hatte. In beredter Weise brachte Léo Hamon die französischen Klagen zum Ausdruck. Er vermutete, Orcaida sei von Brandt selbst eingefädelt worden. Bahr solle nach Paris kommen, um genauer über die Hintergründe zu informieren.¹²⁵ Die „vorherige und auch die spätere Unterrichtung über die Krim-Reise“ sei nicht zufriedenstellend gewesen. „Dies sei immer noch ein Stachel im Fleisch,“ verdeutlichte er noch im Januar 1972 einem deutschen Gesprächspartner.¹²⁶ Was Hamon annahm, war ein Entgegenkommen der Bundesregierung, nachdem Frankreich die Ostpolitik unter-

stützt hatte. Damit war gemeint, „Deutschland und Frankreich müßten sich sowohl in der Gestaltung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten als auch zur Sowjetunion ‚fest an der Hand halten.‘“ Konkreter: Frankreich hätte es begrüßt, wenn die Bundesrepublik eine möglichst enge Abstimmung mit Frankreich in der Europapolitik und in den anstehenden MBFR-Verhandlungen gesucht hätte. „Westeuropa dürfe in keinem Fall unter die Botmäßigkeit der beiden Supermächte geraten.“¹²⁷

Damit ist die Thematik umrissen, die 1972/73 für Meinungsverschiedenheiten sorgte. Auch in dieser Phase läßt sich beobachten, wie Paris einerseits die Ostpolitik als entspannungspolitische Notwendigkeit positiv bewertete, andererseits aber Befürchtungen hegte, der Entspannungsprozeß könne eine unerwünschte Dynamik annehmen. Das französische Eintreten für die Ratifikation der Ostverträge durch den Bundestag 1972 führte dazu, daß Oppositionsführer Barzel in Paris keine Unterstützung für eine abwartende oder ablehnende Haltung der Unionsparteien erhielt.¹²⁸ Dazu trugen auch die schon seit einiger Zeit entwickelten Kontakte der SPD zur gaullistischen UDR bei.¹²⁹ Auf diesem Weg wollte die sozialdemokratische Führung verhindern, daß die CDU/CSU-Opposition die Beziehungen zu den Gaullisten monopolisierte und Fehldeutungen der Ostpolitik entstehen ließ. Jedenfalls versuchte Brandt, mit diesem Argument Mitterrand zu beruhigen, der sich über die Treffen von Sozialdemokraten und Gaullisten empörte. Brandt betonte das deutsche Interesse an diesen Kontakten, denn „die französische Regierung und nachgeordnet die französische Regierungspartei UDR“ könnten „eine Art Sperrfunktion in den Beziehungen zwischen Moskau und Bonn ausüben.“¹³⁰

Das Jahr 1972 brachte nicht nur die Ratifikation der Ostverträge, sondern mit dem Besuch Nixons in Moskau und der Unterzeichnung von SALT I auch entspannungspolitische Fortschritte auf der Ebene der Supermächte. Schließlich kamen die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über einen Grundlagenvertrag zum Abschluß. Außerdem begannen die Vorgespräche für die KSZE. Die erste Erprobungsphase der Entspannungspolitik konnte beginnen, in der sich zeigen mußte, wie tragfähig das „fragile Netz kooperativer Ost-West-Beziehungen“¹³¹ sein würde. Der Alltag der Entspannungspolitik war für die Bundesrepublik von Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Berlin-Abkommens und bei der Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen geprägt, aber

¹¹⁷ Notizen Brandts vom 15. 9. 1971 für Kabinettsitzung, WBA, BK 92.

¹¹⁸ Wilkens (Anm. 7), S. 108.

¹¹⁹ Schreiben Brandts an die Präsidenten Nixon und Pompidou und an Premierminister Heath 19. 9. 1971, AsD, DB 430; Unterredung Brandts mit dem britischen Botschafter in Bonn 20. 9. 1971, DBPO Bd. 1, S. 397. Am selben Tag wurden auch die Vertreter Frankreichs und der USA von Brandt unterrichtet, Wilkens (Anm. 7), S. 108.

¹²⁰ Meimeth (Anm. 17), S. 118.

¹²¹ Brandt (Anm. 15), S. 208.

¹²² Bernath (Anm. 18), S. 105; Wilkens (Anm. 7), S. 109.

¹²³ Link (Anm. 47), S. 225.

¹²⁴ Dazu Meimeth (Anm. 17), S. 68 f.

¹²⁵ Markscheffel, der über gute Kontakte in Frankreich verfügte, an Bahr 27. 9. 1971 über ein Gespräch mit Hamon, AsD, DB 63.

¹²⁶ Aufzeichnung von Ahlers vom 26. 1. 1972 für Brandt über ein Gespräch mit Hamon, AsD, DB 441.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Unterredung Pompidou – Barzel 22. 3. 1972, Soutou, *L'attitude* (Anm. 18), S. 275. Insgesamt zu den Auslandsbeziehungen von CDU und CSU Anselm Tiggemann, *CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969–1972. Zur „Innenpolitik der Außenpolitik“ der ersten Regierung Brandt/Scheel*, Frankfurt/M. 1998, S. 97 ff.

¹²⁹ Siehe etwa das Treffen des Generalsekretärs der UDR René Tomasini mit dem Bundesgeschäftsführer der SPD Hans-Jürgen Wischniewski 20./21. 1. 1972, WBA, SPD-Parteivorsitzender, Verbindungen mit Referaten 67. Genauer dazu Bernath (Anm. 18), S. 166 ff.

¹³⁰ Unterredung Brandt – Mitterrand am Rande der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Wien am 27. 6. 1972, WBA, SPD-Parteivorsitzender, Verbindungen zu Referaten 67.

¹³¹ Wilfried Loth, *Hebinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung*, München 1998, S. 164.

auch von Großereignissen wie dem Besuch von Breschnew in der Bundesrepublik im Mai 1973. Brandt berichtete dem französischen Staatspräsidenten, er habe gegenüber Breschnew betont, „das sich verbessernde Verhältnis“ zwischen Bonn und Moskau „dürfe nicht zu Lasten Dritter gehen“. Vielmehr müsse es „im Dienst der allgemeinen Friedenssicherung und Zusammenarbeit“ stehen.¹³²

Aus französischer Sicht konnte der deutsch-sowjetische Bilateralismus freilich sehr wohl zu Lasten Frankreichs gehen, etwa auf wirtschaftlichem Gebiet, auf dem die Bundesrepublik zu einem „kühnen“ Schwung anzusetzen schien. Stand eine allzu große Anlehnung der Bundesrepublik an die Sowjetunion bevor?¹³³ Die französische Perzeption war ganz offensichtlich von gleichgewichtspolitischen Überlegungen bestimmt, während in Bonn in Ergänzung zu diesem Grundsatz traditioneller Sicherheitspolitik daran gedacht wurde, das Prinzip der Verflechtung der Staaten, das die westdeutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit wie sonst nichts geprägt hatte, ansatzweise auch auf die Ost-West-Beziehungen zu übertragen. Darüber hinaus maß man in Frankreich der Tatsache Bedeutung zu, daß der weitere Reiseplan Breschnews im Juni 1973 Washington vorsah und die französische Regierung erst danach beehrt wurde, als Breschnew auf der Rückreise aus den USA in Paris kurz Station machte. Dessen Einschätzung, die Ideologie des Kalten Krieges habe ein Ende gefunden,¹³⁴ nahm Pompidou vergleichsweise reserviert auf.¹³⁵ Die französisch-sowjetischen Beziehungen hatten ihren früheren Rang verloren.¹³⁶ Die Entspannungspolitik, so unverzichtbar sie auch war, hatte einen negativen Beigeschmack erhalten, weil sie, abgesehen von der gestiegenen Bedeutung der Bundesrepublik, eine Angelegenheit vor allem der Supermächte zu werden schien. Damit drohte aus französischer Sicht die Gefahr eines amerikanisch-sowjetischen Kondominiums, von dem Europa zu einer Objektrolle degradiert werden konnte. Es barg aber auch das Risiko eines amerikanischen Rückzugs aus Europa, dessen Konsequenz ein stärkerer Druck der Sowjetunion und eine mögliche „Finnlandisierung“ Deutschlands und Europas sein konnte.¹³⁷

Die französische Regierung versuchte, solchen Gefahren durch eine Forcierung der Europapolitik entgegenzuwirken. Europa müsse auf eigenen Füßen stehen; die USA dürften nicht als eine Art „protecteur“ der Europäischen Gemeinschaft erscheinen, hatte Pompidou schon im Januar 1973 gefordert.¹³⁸ Auch im Hinblick auf die Sowjetunion trat Frankreich für eine Stärkung des europäischen Selbstbewußtseins ein, wie etwa bei der Rede von Außenminister Jobert zur

Eröffnung der KSZE im Juli 1973 deutlich wurde.¹³⁹ Zu den Punkten, die 1973 auf die europäische Agenda gebracht wurden, gehörte auch die Frage einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik.¹⁴⁰ Angesichts des französischen Sonderstatus als Atommacht handelte es sich bei jedem deutsch-französischen Meinungsaustausch auf diesem Gebiet um ein asymmetrisches Verhältnis, das zudem durch die französischen Pläne zur Aufstellung der Pluton-Kurzstreckenrakete, einer neu entwickelten taktischen Nuklearwaffe, kompliziert wurde. Im Grundsatz aber wurde in beiden Ländern darüber nachgedacht, die europäische Komponente in der Verteidigungspolitik zu stärken. Zugleich führte dies in Frankreich zu Zweifeln an der Loyalität der Bundesregierung gegenüber dem westlichen Bündnis.

Für Frankreich war eine stärkere Koordinierung der europäischen Sicherheitspolitik in dem Moment angezeigt, als es im Sommer 1973 zu dem als inakzeptabel empfundenen Kartell der Supermächte gekommen zu sein schien.¹⁴¹ Verschlimmert wurde die Lage noch dadurch, daß die Bundesrepublik den von Washington und Moskau beschlossenen und von Frankreich strikt abgelehnten MBFR-Verhandlungen nicht nur zustimmte, sondern ihrerseits solche Verhandlungen, die am 30. Oktober in Wien aufgenommen wurden, stets gefordert hatte. Im Bonner Verteidigungsministerium war man sich des französischen Interesses an der „Stärkung der konventionell ausgerichteten Streitkräfte im westeuropäischen Rahmen“ durchaus bewußt, ebenso der französischen Befürchtungen angesichts der Haltung Dänemarks, der Niederlande, Belgiens „und in besonderem Maße“ der Bundesrepublik. „Ein in seiner Truppenstärke verringertes Westeuropa,“ so wurden die französischen Bedenken wahrgenommen, „eventuell sogar mit Neigungen zur Neutralisierung oder Finnlandisierung, würde einer zukünftigen westeuropäischen ‚Verteidigungsgruppe‘ auf konventionellem Gebiet den Boden entziehen.“¹⁴²

Neue Schubkraft erhielt das Thema der europäischen Verteidigung durch die Nahostkrise im Oktober 1973. „Mit einer gewissen Bitterkeit“ beklagte der französische Außenminister, daß die USA es in der Krise „nicht einmal für notwendig befunden hätten, ihre Verbündeten über wichtige Sicherungsmaßnahmen zu unterrichten.“ So unverzichtbar auch für Frankreich die NATO unter amerikanischer Mitwirkung für Europa blieb, so intensiv wurde gleichzeitig eine Verbesserung der militärischen Kooperation in Westeuropa thematisiert. Darüber hinaus strebte Frankreich nach einer europäischen Energiepolitik. Jobert kritisierte die Absicht der Bundesrepublik, sich durch Uranlieferungsverträge an die USA zu

¹³² Brandt an Pompidou 23.5.1973, WBA, BK 51.

¹³³ Siehe etwa die entsprechende Wahrnehmung bei Jobert (Anm. 77), S. 234. Vgl. auch Soutou, *L'attitude* (Anm. 18), S. 294; Wilkens (Anm. 7), S. 119 ff.

¹³⁴ So wird Breschnew von Pompidou in einem Schreiben an Brandt vom 30.6.1973 zitiert, WBA, BK 51.

¹³⁵ Jobert (Anm. 77), S. 241.

¹³⁶ Ebd., S. 234. Vgl. auch Rey, *Tentations* (Anm. 18), S. 99.

¹³⁷ Wilkens (Anm. 7), S. 52 ff.

¹³⁸ Soutou, *L'attitude* (Anm. 18), S. 298.

¹³⁹ Rey, *Tentations* (Anm. 18), S. 104; Meimeth (Anm. 17), S. 126 f.

¹⁴⁰ Siehe etwa die Ausführungen des Außenministers vor der Nationalversammlung im April 1973, Jobert (Anm. 77), S. 267.

¹⁴¹ Dazu Meimeth (Anm. 17), S. 124 f.

¹⁴² Aufzeichnung aus dem Verteidigungsministerium für das Bundeskanzleramt vom 29.8.1973, AsD, DB 441.

binden, und warnte, „die Araber von 1985 könnten die Vereinigten Staaten sein.“¹⁴³

Auch in Bonn war man an einer Stärkung der militärischen Zusammenarbeit in Europa durchaus interessiert. In einer Unterredung mit privatem Charakter wollte Scheel am 9. November 1973 von seinem französischen Kollegen Genaures über „Perspektiven der Verteidigungspolitik in Europa“ wissen.¹⁴⁴ Der deutsche Außenminister hatte kurze Fristen im Auge. Bis 1980, so glaubte er, sei eine politische Union mit gemeinsamer Außenpolitik erreichbar. Ohne diese Zeitvorstellung zu teilen, sprach auch Jobert von Etappen der weiteren europäischen Integration: „Es werde die Etappe der Außenpolitik, es werde die Etappe der Verteidigungspolitik geben.“ Gleichzeitig unterstrich er, „daß die Verteidigung Europas nur mit den USA möglich sei, solange die USA dazu bereit seien“ und nicht dem „Isolationismus anheimfallen“. Scheel sah „keinen Widerspruch zwischen der Treue zum Bündnis“ und einer Politik, „an deren Ende die Fähigkeit stehe, die Verteidigung Europas mit eigenen Mitteln zu garantieren.“ Die Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen der NATO sei auch für die achtziger Jahre noch vorstellbar. „Auf noch längere Frist jedoch müsse sich Europa aus dieser unauf lösblichen Abhängigkeit befreien.“

Obwohl Scheel von „Europa“ (und nicht von der Bundesrepublik) und der „Treue zum Bündnis“ sprach, bewahrten ihn seine Äußerungen nicht vor einer verkürzten Wahrnehmung. Die Bundesrepublik schwankte zwischen NATO, Neutralismus und europäischer Verteidigung, hieß es Ende November in einer im Elysée von Raimond, dem diplomatischen Berater des Präsidenten, angefertigten Analyse.¹⁴⁵ Tatsächlich wollte Bonn unter Aufnahme der französischen Anstöße, die Jobert im November 1973 sowohl vor der Nationalversammlung als auch vor der WEU wiederholte, lediglich damit beginnen, „über Fragen der gemeinsamen Verteidigung“ nachzudenken. Dabei sei „Eile und Hast“ jedoch „fehl am Platze“, wie Bahr zehn Tage nach Scheels Äußerungen betonte. „Auf unabsehbare Zeit“ bleibe Europa von den USA abhängig.¹⁴⁶ Intern äußerte sich Bahr noch wesentlich entschiedener: „Es kann nur Sicherheit mit Amerika geben.“ Nachdem „Kissingers Unsinn abgeblockt“ worden sei, „dem Bündnis wesentliche über die Sicherheit hinausgehende Funktionen zu geben,“ müsse man jetzt die „französische Gefahr abwenden: Ein europäischer Sicherheitsrat wäre der Spaltpilz des Bündnisses.“ Europa solle sich auf seine Stärke, nämlich Wirtschaft und Politik, konzentrieren. Die „französische Verführung“, Sicherheitspolitik verstärkt im europäischen Rahmen zu konzipieren, müsse zurückgewiesen werden.¹⁴⁷

Die Bonner Politik entsprach weder den Wünschen noch den Befürchtungen Frankreichs. Europa sollte gestärkt werden, aber nicht auf Kosten der Beziehungen zu den USA. Die Ostpolitik sollte entwickelt werden, aber keinesfalls um den Preis des Neutralismus, der in den französischen Angstträumen immer wieder auftauchte.

Zusammenfassung/Résumé/Summary

Die Ära Brandt und Pompidou fiel in eine Phase internationaler Veränderungen. Die Bundesrepublik Deutschland beanspruchte eine gleichberechtigte Rolle in Westeuropa und erlangte durch die Ostpolitik einen größeren außenpolitischen Handlungsspielraum, nicht zuletzt in den Ost-West-Beziehungen. Bonn und Paris hatten einerseits ein gemeinsames Interesse an einem Erfolg der Entspannungspolitik. Andererseits hatte die französische Führung ernste Bedenken wegen der möglichen Konsequenzen der Ostpolitik (Neuaufgabe von Rapallo, Neutralisierung Deutschlands).

L'ère Brandt et Pompidou correspondait à une époque de changements internationaux. La République fédérale d'Allemagne commençait à jouer le rôle d'une puissance égale aux autres en Europe de l'ouest et un rôle comparable à celui de la France dans les relations est-ouest. Bonn et Paris avaient un intérêt commun à la détente. Mais dans un même temps le gouvernement français avait des doutes sérieux sur les conséquences possibles de l'Ostpolitik (un nouveau Rapallo, une neutralisation de l'Allemagne).

The era of Brandt and Pompidou was a period of change. The Federal Republic of Germany began to play a new role in international affairs. Ostpolitik signaled a new German self-confidence and widened the room of manoeuvre in East-West relations. As to détente, Bonn and Paris shared a common interest. At the same time the French government had grave doubts with respect to possible consequences of Ostpolitik (revival of Rapallo, neutralization of Germany).

¹⁴³ Jobert zu Bahr 19. 11. 1973. Jobert hatte Bahr um ein Gespräch gebeten, als dieser sich in Paris aufhielt, um auf Einladung des Centre d'Études de Politique Étrangère einen Vortrag zu halten. AsD, DB 302/4.

¹⁴⁴ Unterredung Scheel - Jobert 9. 11. 1973. AsD, DB 441. Vgl. auch Jobert (Anm. 77), S. 268.

¹⁴⁵ Soutou, *L'ambiguïté* (Anm. 18), S. 297. Soutou (ebd. S. 302, 304) übernimmt die Kritik an der Mehrdeutigkeit der Bonner Politik.

¹⁴⁶ Wie oben Anm. 143.

¹⁴⁷ Vermerk Bahrs für Brandt 14. 12. 1973. AsD, DB 436.